

Politische Tagesübersicht.

Kein Einsatz von Sowjettruppen in verlässliches Gebiet.

Die aus Moskau gemeldet wird, nimmt der verlässliche Generalstab in Sowjetrußland in einer Presseunterredung gegen die Meldungen gewisser europäischer Blätter über einen angeblichen Einsatz russischer Truppen in verlässliches Gebiet Stellung. Der Generalstab erklärt, daß diese Meldungen vollkommen aus der Luft gegriffen und nur dazu bestimmt seien, die guten Beziehungen zwischen Verlieten und der Sowjetunion zu trüben.

Mandver der russischen Schwarzmeerflotte.

Nach Meldungen Moskauer Blätter haben in den letzten Tagen im Schwarzen Meer große Mandver der Flotte stattgefunden. Anwesend waren der Kriegskommandant Woroschilow, der Chef des Generalstabes der gesamten Sowjetstreitkräfte Schapofschnikow und der Flottenkommandeur Nulleswitsch. In einem amtlichen Bericht über die Ergebnisse der Mandver wird die hervorragende Organisation in der Sowjetflotte und die gute Disziplin hervorgehoben. Besonders auffällig wurde die Frage der Zusammenarbeit der Flotte mit der Fliegerei und der Abwehr feindlicher Gasbombenangriffe gewidmet.

Vorträge Dr. Simons in Amerika.

Der ehemalige Reichsgerichtspräsident Dr. Simons führte in seinem Vortrag vor den Studenten des politischen Instituts in Williamsstown aus, daß die Friedensverträge in Europa keinen ausreichenden Schutz der nationalen Minderheiten gewährleisten. Die Minderheitenfrage sei nur durch internationale Zusammenarbeit nach den Grundprinzipien der Gerechtigkeit lösbar.

Zusammenstoß in Dirmuiden.

Im Anschluß an die Weibe des Denkmal für die flämischen Gefallenen auf dem Schlachtfeld an der Yser, die durch einen flämischen Flieger gebürt wurde, der Flugblätter verstreut, brach ein Zusammenstoß aus, bei dem die erregte Menschenmenge die belgische Fahne, die über den ehemaligen deutschen Graben gestülpt war, auf dem Marktplatz von Dirmuiden geriet. Die Menge ergriff in grobe Erregung, da neben zahlreichen flämischen Fahnen auch zwei belgische Flaggen wehten. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen mehrere Personen schwer verletzt wurden.

Nabe des Reichsarbeitsm. i ers Dr. Stegerwald

Rastatt, 25. August.

In einer Zentrumsversammlung führte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald aus, daß zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit neben den Maßnahmen des Reichs auch die Privatwirtschaft, die mehr als 85 Prozent aller Arbeitnehmer beschäftigt, zu ihrem Teil beitragen müsse. Damit das große Heer der Arbeitslosen wieder in die Wirtschaft eingereiht werde, Sparmaßnahme auf der ganzen Linie beim Reich, bei den Ländern und den Gemeinden sei jetzt das Gebot der Stunde. Das Reich habe diesem Problem bereits Rechnung getragen durch die Streichung von 150 Millionen RM im laufenden Etat. Der nächste Etat werde um weitere 200 Millionen RM zusammengestrichen werden. Die Länder und Gemeinden würden sich zu ähnlichen Maßnahmen schon durch den Ausfall an Einnahmen gezwungen sehen. Notwendig sei auch der Abbau der produktionshemmenden Steuern. Die auf eine Senkung der Steuergebühren abzielenden Gesetzentwürfe würden dem Reichstag im Herbst vorgelegt werden. Vor allem notwendig sei auch ein arbeitsfähiger Reichstag, und die Reichsregierung sei nicht gewillt, die Zügel schleifen zu lassen.

Elaene Listen der Bauern- und Landvolkpartei in Schleswig-Holstein

Kiel, 25. August.

In einer Versammlung der Bauern- und Landvolkpartei Schleswig-Holsteins wurde einmütig beschlossen, im kommenden Wahlkampf selbständig vorzugehen und eigene Listen für die Reichstagswahlen aufzustellen, an deren Spitze der Reichsernährungsminister Schiele und Hofbesitzer Köhler-Bühnsdorf stehen. Weiter wurde beschlossen, mit der Hamburgischen Landvolkpartei eine Listenverbindung einzugehen und entl. Reistimmen der Reichsliste Deutsches Landvolk zuzuführen.

Abschied des Generaloberst Dege schon am 1. November.

K Berlin. Der Chef der Oeeresleitung, Generaloberst Dege, beschäftigt am vergangenen Freitag und Sonnabend das 3. Kavallerie-Regiment 19 auf dem Truppenübungsplatz Munsterlaar. Anlässlich einer Ansprache an die Offiziere des Regiments soll Generaloberst Dege erklärt haben, daß er den Reichspräsidenten um seinen Abschied zum 1. November 1930 gebeten habe. Generaloberst Dege verabschiedete sich mit herzlichsten Worten von den einzelnen Bataillonen. Ihm zu Ehren wurde am Sonnabend Abend ein großer Zapfenreich veranstaltet. Am Sonntag verließ Generaloberst Dege im Auto das Lager, um sich nach Berlin zu begeben.

Zwischenfälle in Berlin

139 Festnahmen

Berlin, 25. August.

In Laufe des gestrigen Sonntags kam es an verschiedenen Stellen Groß-Berlins zu politischen Zwischenfällen, bei denen die Polizei einschreiten und Verhaftungen vornehmen mußte. Meist handelte es sich um nationalsozialistische und kommunistische Demonstrationen, bei denen verbotene Uniformen und Parteizusätze getragen, Transparente mit aufreizenden Aufschriften mitgeführt, verbotene Reden gehalten wurden usw. Zu einem größeren Zwischenfall kam es in Schöneberg, wo die Polizei zur Vermeidung von Zusammenstößen das dort gelegene kommunistische Versammlungslokal absperren ließ. Die Beamten wurden aus dem Lokal heraus mit Bierflaschen, Kaffeetassen und Tassen beworfen, wobei zwei Beamte leichtere Verletzungen erlitten. In dem Lokal wurde ein Beamter von einem Räufelstreich bedrängt, daß er von dem Seitengewehr Gebrauch machen müsse und den Angreifer leicht verletzten. 78 Personen wurden zwangsgestellt. Später bildete sich auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz ein Anfallung von etwa 300 Kommunisten, die unter Anwendung des Gummiknüppels zerstreut wurden. In Claraow entstand zwischen Mitgliedern des Berliner Arbeiterfußballbundes und Nationalsozialisten eine Schlägerei, in deren Verlauf drei Personen leichtere Verletzungen erlitten. Der Selbstmordwagen der Nationalsozialisten wurde später in Spandau angehalten und die 32 Insassen, die die Hülfskraft leisteten, zwangsgestellt. Die Zahl der Zwangsgestellten belief sich bis gegen Abend auf 10 Nationalsozialisten und 89 Kommunisten, darunter drei Frauen.

Klärung in der Landwirtschaft.

Dresden. In einer Versammlung von Landwirten aus dem Bezirk Oskannen der Deutschnationalen Volkspartei sprach Rittergutbesitzer von Köben-Demmin über die Lage der Landwirtschaft, wobei er besonders die Zusammenhänge darlegte zwischen der Landwirtschaft und der Deutschnationalen Volkspartei.

Gründer sei es selbstverständlich gewesen, so führte er aus, daß die Landwirtschaft und die größte nationale Partei zusammenstehen. Heute ist ein innerer Gegenstand vorhanden, der an die Grundzüge rühre. Einigkeit besteht wohl darin, daß der Kampf dem heutigen politischen System gelte. Die Not der Landwirtschaft sei die Hauptursache des Sieges des Marxismus in der Nachkriegszeit.

Zwei Fragen ständen jetzt im Vordergrund, die Frage, wie man das bestehende politische System bekämpfe, und auf der anderen Seite, ob es nicht zu viel wirtschaftliche Bedenken gäbe, die dem Wege entgegenstehen, den Augenblick beispielweise gehen will. Das gegenwärtige System lasse sich nur durch eine Bewegung breiter bekämpfen, die Träger eines nationalen Willens seien, wobei jeder Schwächezustand des Systems von Weimar auszumachen sei. Wer in der Defensive liege, breche zusammen. Das System von Weimar habe den Glauben an sich selbst längst verloren. Es befände sich in der Verteidigung, da es bis in die letzten Napoleon Jahren korrupt sei. Im Kampfe dagegen liege der Sieg. In diese Kampfesfront gelöre, so schloß der Redner, die Landwirtschaft mitem hinein.

In der Ansprache wies Oberfinanzrat Dr. Bang darauf hin, daß nicht die Organisation des Reichslandbundes, sondern die Bürokratie die Schädlinge der Landwirtschaft seien. Kein Agrarprogramm könne helfen, wenn es nicht einmühe, die gesamte Handelspolitik umzustellen und die Überbesteuerung zu verhindern. Jede Verkopplung der Agrarhilfe mit Steuern bedeute ebenfalls die Sabotierung der Agrarpolitik. Das Unheil der Landwirtschaft liege in der Politisierung seiner Organe.

Einleitend hatte Rittergutbesitzer von Köben aus einandergeleitet, daß mit der politischen Eingliederung der Landwirtschaft die Existenzberechtigung des Landbundes gefährdet sei. Die wirtschaftspolitische Organisation des Landbundes müsse behalten werden, stärkste Opposition

müsse aber der Gedanke finden, diese Organisation in eine berufskundige Partei hineinzuführen, da das zu einer Klärung der Landwirtschaft führe. Im Anschluß an die Ansprache wurde folgende

Entscheidung

einstimmig gefaßt:
1. Wir Landwirte begrüßen die Rückkehr der Deutschnationalen Volkspartei zu ihren alten Grundfragen und nehmen den Austritt derer, die sich mit dem heutigen System verbinden wollen, beifallig an. Wer heute die in sich selbst verfallene „Mitte“ rührt, trägt den Marxismus, dessen Wurzeln nicht nur in der Politik dieser Mitte verankert war, sondern auch das Zentrum stellt, kann nicht für die deutsche Freiheit kämpfen.

2. Die Deutschnationale Volkspartei ist die Partei der deutschen Landwirte. Der Eintritt des Herrn Schiele in das Reichskabinett begründet, das mit der Absicht der „Auloderung der Rechten“ begründet war, hat der Landwirtschaft in Wahrheit nicht geholfen, sondern hat ihr schweren Schaden gebracht. Nicht einmal die verprochenen Scheinerfolge sind eingetreten. Die Landwirtschaft erhält die ihr immer wieder versprochenen Kornpreise heute noch nicht, weil das Kabinett Brüning-Schiele die entscheidenden Maßnahmen unterlassen hat. So müssen wir unsere geringere neue Ernte zu Preisen abgeben, die niedriger sind, als sie im vorigen Jahre waren bei besserer Ernte und als noch kein Reichslandbundspräsident in der Regierung saß. Dafür nun hat man ein System parat, das grundlegend bauerneinlich ist und das kurz vor dem Zusammenbruch stand. Sind Männer wie der Minister der deutschen Landwirtschaft, Herr v. Döberstein-Braunhau, die heute an der Spitze der Deutschnationalen Volkspartei in den Kampf ziehen, landwirtschaftsfeindlich? Mit Berufsparteien und Sonderlisten kann, wie Herr Schiele selbst wiederholt dargelegt hat, das Schicksal der Landwirtschaft nicht gewendet, sondern nur befestigt werden.

3. Der Weg, den die Landwirtschaft gehen muß, liegt jetzt so klar wie noch nie. Unsere politische Heimat ist die Deutschnationale Volkspartei.

Die deutsche Abordnung für Genf.

Genf. Die deutsche Abordnung für die am 10. September beginnende Völkerbundversammlung des Völkerbundes wird folgende Mitglieder zusammengeleitet sein: Hauptvertreter Reichsankunftsminister Dr. Curtius, Ministerialdirektor Dr. Gaus und Graf Bernstorff. Dr. Curtius wird für den Fall seiner Abwesenheit von Genf durch den Staatssekretär von Wälter vertreten sein. Der Abordnung gehören ferner folgende Parlamentarier an: Prälat Kaas, Professor Doegels, Dr. Breitfeld, Freiherr von Rheindahlen und Koch-Weber; ferner als Sachverständige Frau Lang-Brumann. Die Abordnung umfaßt ferner zahlreiche höhere Beamte des Auswärtigen Amtes, darunter den Völkerbundreferenten Beheimat von Weisköper sowie vermutlich auch den Leiter der Pressestelle der Reichsregierung, Ministerialdirektor Behlin.

Breisentung und Arbeitsbeschaffung.

K Berlin. Von mahoebender parlamentarischer Seite wird die Auffassung, daß die Aufträge von Post und Reichsbahn keine sonderliche Wirkung auf den Arbeitsmarkt ausüben können, bekämpft. Auch in industriellen Kreisen vertritt man den Standpunkt, daß die Aufträge gerade zur rechten Zeit kommen, um neue Arbeiterentlassungen zu verhindern. Die mit Aufträgen bedachten Unternehmen seien, heißt es, in der Lage, mit dem vorhandenen Arbeiterstamm die Arbeiten auszuführen. Beintenebende Verpflichtungen seien die nicht eingegangen. Nach den umlaufenden Informationen sollen 150 000 bis 200 000 Arbeiter durch die Aufträge beschäftigt finden. Das ist schon möglich, nur wird es sich um Arbeitskräfte handeln, die noch in Arbeit stehen. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß das Auftragswesen der Post- und Bahnaufträge mit der Inangriffnahme des Wohnungsbauprogramms und durch einige größere Auslandsaufträge, die in nächster Zeit zu erwarten sind, den Arbeitsmarkt entlasten können. Doch können konkrete Angaben nicht gemacht werden. Man wird die Zahl der Arbeitslosen nach etwa zwei Wochen zu beachten haben und zum Vergleich heranziehen müssen. Tatsache ist, daß die Aufträge an solche Firmen gegeben wurden, die sich zu einer Breisentung entschlossen. Diese Breisentung hat nun aber lediglich für die Post und Bahn Interesse und wird sich über diesen Auftragskreis nicht weiter ausbreiten, also der Allgemeinheit nicht zu gute kommen.

Vor einem Zusammenbruch des Ernährungsplanes in Sowjetrußland.

K Moskau. In einer Meldung aus Moskau wird mitgeteilt, daß zum 20. August 33,9 Prozent des für den ganzen Monat vorgesehenen Programms vorhanden waren. Demnach ist also nur ein Drittel des notwendigen Getreides sichergestellt worden. Es wird hervorgehoben, daß diese Zahl vollkommen ungenügend sei und daß die Gefahr eines Zusammenbruchs des Ernährungsplanes weiter fortbestehe. Auch der Verlauf der Getreideausfuhr gibt zu lebhaften Klagen Anlaß. Das Landwirtschaftsministerium gibt eine Verordnung heraus, in der den Vorbehörden die strengsten Maßnahmen angeordnet werden, falls die Getreideausfuhr nicht den gewünschten Verlauf nehmen sollte. Da die Ernährungs-wirtschaft gegenwärtig im Mittelpunkt aller Sorgen der Sowjetregierung steht, droht den Schuldhagen die Todesstrafe.

Um Carolis Wiederverheiratung.

K London. Der Gesandte Adnis Carolis von Rumänien während seines Aufenthaltes als Flüchtling vor etwa zwei Jahren, Jonades, empfing am Sonnabend eine Reihe von Pressevertretern, um ihnen im Auftrag Adnis Carolis wahrheitsgetreue Aufklärung über die Frage der Wiederverheiratung Carolis mit Pringelina Olens zu geben. Jonades war ausdrücklich ermächtigt, alle Erklärungen betr. der Ausweisung der Familienverhältnisse im rumänischen Königsbauis auf die politischen Verhältnisse im Lande zu demontieren. Es bestche nicht die Absicht, das Parlament auszuschalten oder die Diktatur einzuführen. Frau Lupescu befindet sich gegenwärtig mit Freunden in der Schweiz und habe nicht die Absicht, nach Rumänien zurückzukehren.

Was die Pringelina Olens angeht, so halte sie sich gegenwärtig am Schwarzen Meer auf. Der König werde im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage die Kronungsverhältnisse auf das Frühjahr verschoben, da er nicht den Wunsch habe, irgendwelche Ausgaben für Festlichkeiten dieser Art anzuhängen, bevor nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich der Bauernruhrückgang, günstiger seien.

Die Revolution in Peru

New-York, 25. August.

Die blutigen Blätter berichten ausführlich über die Revolution in Peru, die immer größerem Umfang annimmt. Die Hauptstadt ist bereits bedroht, der Polizeifeld verschwunden. Die Seeabteilungen haben sich schlagend den Revolutionären angeschlossen. Nach einer Meldung aus Buenos Aires erzählt die Zeitung „La Razon“ aus Arequipa, daß die vierte Division, die teilweise in den Nachbarstädten untergebracht war, zu den Revolutionären übergegangen sei und daß der Divisionsbefehlshaber sein Kommando niedergelegt habe. In Arequipa sei unter Führung von Guillermo Cira eine Lokalgewaltung eingesetzt worden, die von allen Klassen der Bevölkerung unterstützt werde. Nichtoffizielle Nachrichten zufolge hat der Präsident Legula bei der Gefahr der Gefahr von Venezuela Schutz gesucht. Wie aus Lima gemeldet wird, hat die peruanische Regierung den Hafen Molendo für Schiffe und den Flughafen Arequipa für Flugzeuge gesperrt, um zu verhindern, daß die Aufständischen von außen her Verstärkungen erhalten.

Austritt des polnischen Kabinetts

Sie Kabinett Pilsudski

Warschau, 25. August

Das Kabinett hat am Sonnabend unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Slawek beschlossen, seine Demission einzusenden. Staatspräsident Kosciuszko hat das Demissiongesuch des Kabinetts Slawek angenommen. Wie das Regierungsblatt „Goycia Polska“ meldet, herrscht in politischen Kreisen die Ansicht, daß sich der Staatspräsident an Marshall Pilsudski mit dem Ersuchen wenden werde, die Bildung des neuen Kabinetts zu übernehmen.

Warschau. Der Austritt der Regierung Slawek hat in politischen Kreisen ziemlich überzogen. Man rechnete zwar schon vor einiger Zeit mit der Möglichkeit eines freiwilligen Rückzuges, besonders nachdem kein Zweifel mehr bestand, daß Slawek die wichtigsten Posten nicht mehr bederrschen könne. In der Absicht der Opposition, am 1. September den Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sejmigung zu stellen, erzwang die Regierung eine neue Befehl, die noch verstärkt wurde durch die angelandigten Konzepte des Zentralkomitees in 20 verschiedenen Städten Polens. Dazu erforderlich der bevorstehende Wahlkampf an der Spitze des Regierungsblochs einen Mann, der radikallos den Willen des Vorkriegs vollstreckt.

Aus dem Kabinetttrat am Sonnabend abend ist noch bekannt geworden, daß Pilsudski erklärte, er würde, wenn er tatsächlich die Regierung übernehme, den Chef des Militärkabinetts im Kriegsministerium, Oberstleutnant Bed, zum Minister ohne Ressort berufen. Im Anschluß an den Kabinettsrat hatte Pilsudski noch eine Unterredung mit dem Finanzminister Natyschewski.

Vor einer Revolution in Spanien?

Paris, 25. August.

Marcelino Domingo, einer der republikanischen Führer Spaniens, der gegenwärtig in Paris weilt, hat einem Vertreter des „New-York Herald“ u. a. erklärt: Wir haben in San Sebastian eine geheime Revolutionskomitee gebildet worden ist mit der Aufgabe, eine Revolution in Spanien zu führen, den König zu fällen und die Republik auszurufen. Wir versprechen den Katalanen, eine von Spanien vollständig unabhängige katalanische Republik zu bilden. Wir haben die spanischen Sozialisten, die Mitglieder der spanischen Arbeitergewerkschaft und die Kommunisten des Baskenlandes um ihre Mitarbeit gesucht.

Staatsbegräbnis für Andree und seine Begleiter.

K Berlin. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Stockholm hat die schwedische Regierung beschlossen, ein Staatsbegräbnis in die Kritik zu entfalten. Das Schiff soll der „Ornatdag“, auf der Dr. Gora die Leichen Andrees und seiner Begleiter nach Schweden entgegengenommen. Die Leichen sollen dann auf das Kriegsschiff übernommen und nach Stockholm gebracht werden, wo ein Staatsbegräbnis stattfinden wird.